

Die Zeit – Wirtschaft : Angst vor zu viel Nähe

Die Zeit, Hamburg, Germany
Die Zeit, Hamburg, Germany

DIE ZEIT

Angst vor zu viel Nähe

Den EU-Kandidaten droht eine Finanzkrise. Brüssel warnt vor neuen Krediten

Christian Wernicke

Einer kommt nicht bis Malmö: Verbittert trat der tschechische Finanzminister Pavel Mertlik vorige Woche zurück. Bis dahin hatte der Sozialdemokrat bei Frankfurter Bankern und Brüsseler Bürokraten als "einsame Stimme der Vernunft" gegolten – und aus Vernunft warf Mertlik jetzt die Brocken hin. Sein Plan, je zwei frühere Gas- und Energiekombinate zu privatisieren, war im Prager Kabinett gescheitert. Kurz zuvor hatte die Regierung sich und ihren Wählern obendrein ein 6,7 Milliarden US-Dollar schweres "Wachstumsprogramm" gegönnt, seither droht ein Budgetdefizit von horrenden 9,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Mertlik hatte die größten Löcher im Haushalt mit Devisenerlösen aus dem Verkauf der realsozialistischen Erbmasse stopfen wollen. Übrig blieb ihm nur ein ungedeckter Scheck.

"Die Krise in Polen ist fast unvermeidlich"

Und ein wertloses Flugticket. Malmö, hin und zurück. Seit Wochen war die Reise in die südschwedische Hafenstadt gebucht: Dort bitten an diesem Samstag die 15 EU-Finanzminister ihre Kollegen aus Mittel- und Osteuropa zu Tisch, bereit zum "Dialog über die Stabilität von Makroökonomie und Finanzsektor" mit all jenen, die auf einen EU-Beitritt hoffen.

Wie sehr das spröde Thema Westeuropas Finanzpolitiker umtreibt, kriegt nun Jiri Rusnok zu hören, Prags neuer Kassenwart. Auf den acht Seiten vertraulicher Analyse jedenfalls, mit denen die EU-Kommission das Gespräch zwischen Ost und West vorbereitet hat, steht Klartext: "Die solide Finanzierung relativ großer Leistungsbilanzdefizite" wird nach Meinung der Experten zur "großen makroökonomischen Herausforderung"; die Beamten von Brüssels Währungskommissar Pedro Solbes sehen bereits "die wirtschaftliche Verwundbarkeit der Kandidatenländer wachsen", falls deren Regierungen sich einließen "auf eine Finanzierung, die Schulden schafft oder leicht umkehrbar ist". Da gehen, zwischen den Zeilen, gleich zwei Ängste um in Europa: die *Furcht vor* den Osis – und die *Sorge um* sie.

Einerseits erfahren Westeuropas Politiker dieser Tage, wie Anleger in New York und Tokyo die anstehende EU-Erweiterung gern als real existierende Ausdehnung von Euroland missverstehen: Zwar dürften Warschau, Budapest oder Prag der Währungsunion kaum vor dem Jahr 2008 beitreten, aber die vermeintliche "VerOstung" des Euro droht den Wechselkurs schon heute zu drücken. Eine weitaus realere Belastungsprobe für den Euro wäre es, wenn – andererseits – demnächst Wirklichkeit wird, was die Kommission als papierene Möglichkeit beschreibt: eine Finanzkrise vor der Haustür der EU, den Ost-Crash hinter Oder und Neiße.

Der Boom in Mittel- und Osteuropa nämlich, der voriges Jahr selbst den fragilsten Transitionsländern Rumänien und Bulgarien ein wenig Wachstum bescherte, hat eine Kehrseite: Die Importe stiegen sprunghaft an und reißen alljährlich große Löcher in die Handels- und Leistungsbilanzen, die sich nur durch massive Kapitalimporte stopfen lassen. Bisher schaufelten westliche Investoren das nötige Geld ins Land – sie kauften und sanierten die Staatsbetriebe. In Slowenien, der Slowakei und vor allem in Tschechien, wo politische Dummheiten die Privatisierung um Jahre zurückwarfen, mag diese Rechnung noch zwei, drei Jahre lang aufgehen. Dort gibt es noch genug zu kaufen. In Ungarn hingegen, im Baltikum und demnächst in Polen ist das Volkseigentum bereits versilbert. Der bloßen Hoffnung, fortan deckten Neuinvestitionen auf der grünen Wiese den Finanzbedarf, will sich die EU-Kommission nicht hingeben. Also warnt Brüssel vor heißem Geld, vor eilig gezeichneten Schuldscheinen und kurzfristigen Krediten: "Große und volatile Kapitalzuflüsse" führten die Länder flugs hinein in die "Risiken der Instabilität". Schnell sei morgen zerronnen, was erst gestern gewonnen wurde.

Die Zeit – Wirtschaft : Angst vor zu viel Nähe

Alles Schwarzmalerei? Nein, selbst ein Optimist wie Daniel Gros, Direktor des Centre for European Policy Studies in Brüssel, sieht Gefahren. Kürzlich hat er noch in einer Studie "den meisten Ländern der Region eine Vollendung ihrer Transition" bescheinigt. Jetzt diagnostiziert er: "Polens Lage heute erinnert an Spaniens Probleme Anfang der neunziger Jahre – wenn das noch ein Jahr so weitergeht, ist die Krise fast unvermeidlich." Zur Erinnerung: 1993 zerstörte ein chronisches Handelsdefizit Madrids Traum vom stabilen Wechselkurs; selbst die Devisen aus dem Tourismusboom vermochten die Peseta nicht zu retten. Und Polen hat nicht einmal die spanische Sonne.

Deshalb muss nicht gleich die Finsternis über das Land hereinbrechen. Das jedenfalls glaubt Moritz Schularick von der Deutschen Bank Research (DBR). Der Ostexperte traut Polen zu, auch künftig genügend langfristiges Kapital anzulocken: "Jedes Jahr seit der Russlandkrise 1998 haben uns die Direktinvestitionen überrascht", sagt der Banker, "diese Zuflüsse können sich auf hohem Niveau stabilisieren, trotz eines Rückgangs der Privatisierung." Schularick verweist auf eine Faustregel: Demnach müssen die jährlichen Direktinvestitionen das Loch in der Leistungsbilanz so weit schließen, dass maximal ein Defizit von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) übrig bleibt. Die DBR-Prognose für dieses Jahr wöhnt Polens ungedeckten Kapitalbedarf bei zwei Prozent des BIP. "Eine aufholende Volkswirtschaft kann das durchaus verkraften."

Soll der Euro vor den armen Nachbarn geschützt werden?

Die skeptische EU-Kommission kalkuliert durchaus ähnlich. Für die Leistungsbilanzen seiner zehn Ostkandidaten von 1999 errechnete Brüssel ein regionales Defizit von 5,7 Prozent, zugleich flossen 4,8 Prozent Investitionen (siehe Grafik). Der Mittelwert von nur 0,9 Prozent Unterdeckung verschleierte jedoch Problemfälle wie Lettland und Litauen – und jüngste Entwicklungen wie in Tschechien nähren nun neue Sorgen. Stockt jetzt noch die EU-Konjunktur, könnte in der Region manche Volkswirtschaft ins Schleudern geraten.

Für einen solchen Fall kennen die Lehrbücher der Makroökonomie nur ein Rezept: Die Regierungen müssten die Notbremse ziehen, ihre Haushalte ausgleichen, die Importe drosseln. Also sparen, sparen, sparen. Diese Orthodoxie wollen die EU-Finanzminister in Malmö ihren Ostkollegen erneut einbläuen. Das ist – von West nach Ost – leicht gesagt, angesichts hoher Arbeitslosigkeit und drohender Verelendung ganzer Landesteile. Ausgerechnet Brüssel ist es ja, das von den Beitrittskandidaten massive Investitionsprogramme einfordert: Überall müssen neue Kläranlagen, Abgasfilter oder etwa neue Schlachthöfe her, um die hohen EU-Standards aus Umwelt- und Verbraucherschutz zu erfüllen. Da stehen jene Kriterien von Kopenhagen, die ganz real über Erfolg und Misserfolg der Osterweiterung entscheiden, den monetären Traumzielen von Maastricht mitten im Weg. Und irgendwo dazwischen drohen die östlichen Träume vom Euro zu verpuffen.

So bleibt die Währungsunion weiter westlich. Besorgte Wessis wie Bundesbankpräsident Ernst Welteke grübeln zwar schon, ob nicht zusätzliche Beitrittskriterien den Euro vor den armen Nachbarn schützen sollten. Der Deutsche bangt um den Ruf der Währung, gerade bei seinen Landsleuten. Aber solche Tricks lässt der EU-Vertrag ohnehin nicht zu. Rein theoretisch wäre sogar das Gegenteil denkbar: Ein schneller Beitritt der Osteuropäer würde die Inflation anheizen und tendenziell höhere Zinsen erfordern – die wiederum könnten den Euro gegenüber dem Dollar stärken. Doch selbst unter jenen Staatsmännern, die es am Samstag bis Malmö schaffen, dürfte niemand nach so viel Härte verlangen.

17/2001